

Zeitschrift: FRAZ : Frauenzeitung
Band: - (1997-1998)
Heft: 4

Artikel: Kein Ort. Überall?
Autor: Schmuckli, Lisa
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1053684>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wird überall dort Politik betrieben, wo Frauen zusammenkommen und ihre Realität sichtbar machen? Oder findet Politik nur dort statt, wo diese als solche erkennbar wird, beispielsweise in Parlamenten oder Kommissionen? Oder ist es eine Frage, die nur Langeweile auslöst? Eine Annäherung in Thesen.

Kein Ort.

Überall?

Lisa Schmuckli

Wo findet Politik statt?

« Ein Ort aktueller Frauenpolitik ist die traditionelle Öffentlichkeit. »

Frauenpolitik findet noch immer auch in der Öffentlichkeit und/oder in Parlamenten statt. Hier vertreten die gewählten Parlamentarierinnen mal die Interessen der Partei, mal private Interessen und mal Interessen, die sich mit Frauenanliegen überschneiden. Entscheidend an diesem Ort der Frauenpolitik ist die Öffentlichkeit. So will ich in einem ersten Schritt diese traditionelle Öffentlichkeit bestimmen und in einem zweiten Schritt Konsequenzen aus den Einsichten für die Frauenpolitik beschreiben.

Die traditionelle Öffentlichkeit galt ursprünglich als Ort jenseits der absolutistisch königlichen Macht; und als Subjekt der Öffentlichkeit konstituierten sich die männlichen, besitzenden Bürger – und zwar als Citoyens. Diese bürgerliche Öffentlichkeit war weit davon entfernt, eine allen offenstehende Öffentlichkeit zu sein; Eintrittsbillett war das Eigentum und das Geschlecht: Nur wer männlich und besitzend war, konnte öffentlich auftreten und seine Interessen vertreten. Nach der französischen Revolution signalisierte das liberale Verständnis von Öffentlichkeit – in Anlehnung an das liberale Gedankengut der Aufklärung – den allgemeinen und freien Zugang und baut gleichzeitig eine für Frauen verhängnisvolle Barriere ein, nämlich die Installierung der Privatheit qua Familie. «Die liberale Einladung an die Frauen, die Arena des Öffentlichen und Politischen zu den gleichen Bedingungen zu betreten, wie sie für Männer gelten, übersieht, dass die beiden Geschlechter im privaten häuslichen Bereich bis heute ganz unterschiedlich situiert sind, wodurch die Gleichheit der Zutrittsbedingungen zum Öffentlich-Politischen entscheidend unterminiert wird.»¹ Männer kontrollierten den öffentlichen Raum nicht nur dadurch, dass sie den Zugang der Frauen zu diesem Raum bestimmten, sondern auch dadurch, dass sie den öffentlichen Raum als attraktiv und den privaten Raum als unattraktiv bewerteten und diese

Normierungen gesellschaftlich durchsetzten. Wenn also frau (auch heute noch) in diese männlich strukturierte Öffentlichkeit eintritt, muss sie gewahr werden, dass dieser Raum bereits mit formellen und informellen Regeln besetzt ist. Es zeigt sich also eine erste Konsequenz aus diesen Erkenntnissen: Die dominanten Regeln in der Öffentlichkeit sind ausserordentlich starr und prägen zugleich die Politformen und die politischen Inhalte. Eine zweite Konsequenz ist, dass frau zwar mit diesen Regeln ihre Interessen verfechten kann, dass aber zugleich eine tiefgreifende Umgestaltung der Gesellschaft unmöglich bleibt. Die Veränderungen bleiben innerhalb eines Rahmens, den man(n) bereits mit Regeln abgesteckt hat. Die dritte Konsequenz daraus: Frauenpolitik hat die Funktion, die bereits erreichten Erfolge zu wahren; sie muss verteidigen, was Frauen sich erkämpft haben, nämlich: Ausbildungs- und Berufschancen, juristische Gleichstellung im Betrieb und in der Familie, Lohngleichheiten, etc. Es gilt, den Backlash abzuwehren. Diese Verteidigung des Status Quo's gegen Angriffe der Bürgerlichen in ihrer Spar- und Deregulierungswut bewirkt eine konservierende und konservative Haltung unter den Frauen selbst.

« Ausserparlamentarische feministische Politik ist ortlos. »

Ein wichtiges Kriterium ausserparlamentarischer feministischer Politik – so, wie ich sie erfahre – ist die Übernahme der Definitionsmacht. Wenn Frauen selber beschreiben, Situationen definieren, Arbeitsbedingungen fordern, Aussenpolitik gestalten, sich Informationen beschaffen und diese bewerten (wie dies beispielsweise der Frauenrat für Aussenpolitik FrAu macht), eine Weibewirtschaft definieren, die Integrität des Körpers beschreiben... dann geschieht auf verschiedensten Ebenen eine Irritation: eine Irritation der traditionellen Öffentlichkeit, weil sich Frauen in männerbesetzte Domänen einmischen und

ihre eigenen Regeln setzen; eine Irritation in der Sprache, weil Frauen das Falschsehen und Falschsprechen der Männer denunzieren und ihre eigenen Wahrnehmungen durchsetzen; eine Irritation der (Geschlechter-)Rollen, weil frau sich nicht mehr fixieren lässt – eine grundlegende Irritation im gewöhnlichen Ablauf der Ereignisse also. Ein emanzipatorischer Prozess wird initiiert, in dem frau selbst entfremdet und zeitweise ortlos wird.

« Die Ortlosigkeit von feministischer Politik weckt neue Begehrlichkeiten: intellektuelle Räume als Ort der Politik? »

Der traditionelle Feminismus verstand sich historisch als politische Bewegung und intellektuelle Avantgarde. Ich stelle fest, dass die Notwendigkeit der Reflexion (angesichts der Komplexität der Phänomene) auf Kosten der Bewegung zunimmt. Es braucht meines Erachtens einen Ort/Raum der Reflexion und Visionen.

Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Carole Pateman bietet exemplarisch einen Reflexions-Ort. Sie analysiert, dass der vielgepriesene Gesellschaftsvertrag (die Grundvoraussetzung jeder politischen Öffentlichkeit) in seinem Schatten – verschwiegen und tabuisiert – einen Geschlechtervertrag installiert hat. «Der Gesellschaftsvertrag ist eine Geschichte der Freiheit; der Geschlechtervertrag ist eine Geschichte der Unterwerfung. Der Grundvertrag beinhaltet Freiheit und Herrschaft gleicherweise. Der Grundvertrag regelt die Freiheit der Männer und die Unterwerfung der Frauen – und das Wesen der bürgerlichen Freiheit ist unverständlich ohne die fehlende Hälfte der Geschichte, die offenbart, wie das patriarchale Recht der Männer über die Frauen vertraglich festgelegt wird.»² Die Freiwilligkeit des Vertrages und die Freiheiten, die der Vertrag regeln sollte, sind geteilt und geschlechtsdifferenziert. Für Männer geht es um die Sicherung der Freiheit und der Frauen; für die Frauen geht es um

einen Übergriff, um einen Tausch unter Männern, in dem Frau Objekt des Tausches ist. Der Vertrag hat also für Frauen gerade nicht die Bedeutung einer freien Übereinkunft. Frauen sind auch nicht Vertragspartnerinnen, die einen Vertrag eingehen oder verweigern, inhaltlich mitbestimmen und selbständig unterzeichnen können; sie sind in diesem Grundvertrag die Objekte des Tausches oder zumindest in der Rolle der Mitgedachten.

Feministische Politikerinnen haben also dann eine Chance zur Definitionsmacht in der traditionellen Öffentlichkeit, wenn sie den Geschlechtervertrag in ihre Politformen einbeziehen.

«**Radikale feministische Politik findet überall dort statt, wo sie ent-institutionalisiert ist.**»

Das Projekt «Ent-Institutionalisierung» geht von den wiederkehrenden Erfahrungen aus, dass sich eine hohe Beteiligung von Frauen an revolutionären Bewegungen feststellen lässt – und zwar von der Französischen Revolution bis hin zur Wiedervereinigung in Deutschland –, dass sich aber ein langsamer Ausschluss der Frauen vollzieht, sobald es um eine Institutionalisierung und Sicherung der Ergebnisse der Revolutionen geht. Frauen werden während den Bewegungen geschätzt, aber ausgeschlossen, sobald es um die konkrete Machtverteilung geht. Pointiert kann Frau sagen: «Je höher der Grad der Institutionalisierung politischer Öffentlichkeit, desto wahrscheinlicher und häufiger der Frauenausschluss aus politischer Entscheidung. Und: Je schärfer die Trennung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre, desto eindeutiger lässt sich Herrschaft über Frauen herstellen.»³

Eine nicht-institutionelle und doch mitgestaltende feministische Politik versucht, die traditionelle Dichotomie öffentlich/privat aufzulösen, in dem sie die beiden Pole zusammenbringt. In der Öffentlichkeit muss das private Leben nicht abgeschnitten und verleugnet werden; im Privaten wird Öffentlichkeit nicht

vergessen und verdrängt. Es müssen keine Spaltungen mehr gemacht werden. Damit werden basisdemokratische Vorgänge wieder realisierbar und politisch konkret umsetzbar. Diese Demokratisierung der Entscheidungswege macht Politik für die Einzelne nicht nur sinnlich und einsichtig, sondern auch wieder entscheidbar.

Entinstitutionalisierung macht meines Erachtens für politisch engagierte Frauen nur dann Sinn, wenn sich diese Politformen in einer Bewegung verfestigen können (wissend, dass dies die Quadratur des Kreises ist) und wenn diese Formen nicht gleichbedeutend sind mit einem Rückzug in die Kleinräumigkeit und selbstaufgelegten Beschränkungen. Denn Beschränkungen kennen Frauen zu Genüge und müssten nicht unter anderen Vorzeichen wiederholt werden. Entinstitutionalisierung wird dort faszinierend, wo respektlos mit den herkömmlichen Polit-Arenen umgegangen und neue Möglichkeiten des Polit-Happenings erprobt werden.

Lisa Schmuckli ist freischaffende Philosophin. Sie ist Autorin von «Differenzen und Dissonanzen. Zugänge zu feministischen Erkenntnistheorien in der Postmoderne», Königstein/Taunus 1996 und Co-Autorin von «Weiberwirtschaft. Frauen – Ökonomie – Ethik», Luzern 1994.

¹Klinger, Cornelia: Die politische Theoriediskussion der Gegenwart in einer feministischen Perspektive, in: Kriesi, Hanspeter (Hg.): Frauen und Politik, Bern 1994, S. 33–50, S. 36.

²Pateman, Carol: Der Geschlechtervertrag, in: Appelt/Neyer (Hg.): Feministische Politikwissenschaft, Wien 1994, S. 73–97, S. 74.

³Holland-Cunz, Barbara: Perspektiven der Entinstitutionalisierung, in: Gerhard, Ute (Hg.): Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht, Frankfurt 1990, S. 304–311, S. 305.

INSERAT



Lesbenorganisation Schweiz
Postfach 4668
CH-8022 Zürich
Tel/Fax: 01/463 19 69

Wir setzen uns für die Rechte von Lesben ein und wehren uns gegen jede Art von Diskriminierung.

**Werde Mitfrau...
...weil Politik auch Dein Leben bestimmt!**